

Sorgt Bürokratie für weniger Blüten?

4.06.2024

Friedhelm Prior ließ in Heisede Bäume pflanzen und eine Blühwiese anlegen. Der CDU-Politiker kritisiert, dass solche eher kleinen Projekte nach der neuen Förderrichtlinie des Landkreises nicht mehr subventioniert werden.

Von Sebastian Knoppik

Heisede. Friedhelm Prior steht auf einem Acker am Rande von Heisede und betrachtet Obstbäume, die er hier anpflanzen ließ. Es handelt sich bei dem Gelände um eine sogenannte Ausgleichsfläche für ein Baugebiet in Heisede. Werden in Deutschland Flächen versiegelt, dann muss an anderer Stelle ein Ausgleich im Sinne des Naturschutzes geschaffen werden.

Prior ist Fraktionschef der CDU im Sarstedter Stadtrat und im Kreistag. Und er ist der Meinung, dass man hier am Hammwiesengraben gut beobachten kann, was bei der Förderung des Naturschutzes schief läuft. Als CDU und SPD noch eine Mehrheitsgruppe im Kreistag bildeten, gab es noch eine Förderrichtlinie, die auch kleinere Projekte etwa für Privatleute ermöglichte. Inzwischen gibt es eine neue Richtlinie, verabschiedet von der aktuellen Mehrheitsgruppe, die von SPD und Grünen dominiert wird.

Prior wünscht sich auf der Fläche in seinem Heimatdorf Heisede etwa eine Hecke entlang des Grabens. Doch laut neuer Richtlinie muss sich der Empfänger von Subventionen



Friedhelm Prior an einem der Obstbäume in Heisede, die er anpflanzen ließ.

FOTO: SEBASTIAN KNOPPIK

verpflichten, Feldhecken noch 25 Jahre weiter zu pflegen. Das gleiche gilt für Streuobstwiesen. Obstbäume hat Prior auch auf dem Gelände in Heisede anpflanzen lassen. Knapp 20.000 Euro an Kosten sind ihm dafür erstattet worden.

Hätte seinerzeit schon die neue Richtlinie gegolten, wäre dies für Prior nicht in Frage gekommen. „Als

Privatperson mit 73 Jahren kann ich keine Verpflichtung auf 25 Jahre eingehen.“ Auch an anderen Punkten der neuen Richtlinie stört sich der CDU-Politiker und Hobby-Naturschützer Prior. So ist für Blühstreifen etwa eine Mindestgröße von einem Hektar erforderlich. Und gefördert wird ein solches Projekt auch nur, wenn es einen „sichergestellten

Nachweis“ gibt, dass ein Rebhuhn im Umkreis von einem Kilometer gesichtet wurde. Die strengeren Richtlinien sorgen nach Meinung von Prior dafür, dass viele kleinere Projekte, etwa von Privatpersonen oder kleinen Gruppen, nicht mehr gefördert werden können.

Kritisch sieht die Änderung der Förderrichtlinie auch Sonja Hahn von der Klimaschutzgruppe Algermissen. Die Gruppe hat in den vergangenen Jahren auf fünf bisherigen Rasenflächen in der Gemeinde, die der evangelischen Kirche gehören, Naturschutzprojekte auf die Beine gestellt, unter anderem Blühwiesen und Staudenbeete angelegt sowie Obstbäume gepflanzt. Mit 15.000 Euro wurde das Projekt „Ökologische Aufwertung von Kirchhöfen“ vom Kreis subventioniert. Die Fördergelder haben dazu beigetragen, dass viele freiwillige Helfer, Kinder und Erwachsene sich mit dem Thema Artenvielfalt auseinandergesetzt haben.“, sagt Hahn.

Kreissprecherin Lena Kubat verteidigt auf HAZ-Anfrage die Änderung der Förderschwerpunkte. 2022 und 2023 seien nach der alten Richtlinie gar keine Anträge gestellt worden. Es sei daher sachgerecht er-

schienen, die Förderschwerpunkte nicht in die neue Richtlinie zu übernehmen. Die Verwaltung habe aber immer den Standpunkt vertreten, dass die neue Richtlinie bei Bedarf um weitere „Förderkulissen“ ergänzt werden kann.

Da sieht Grünen-Kreistagsmitglied Susanne Weber, Vorsitzende im Kreis-Umweltausschuss, ganz ähnlich. Die neue Richtlinie habe zunächst mal verschiedene Förderprogramme zusammenführen sollen. Weber will ebenso wie die Kreisverwaltung zunächst abwarten, wie viele Anträge gestellt werden. „Dann sollte das noch mal auf den Prüfstand.“ Einer Ausdehnung der Fördermöglichkeiten zeigt sie sich offen gegenüber.

Friedhelm Prior hat noch eine Blühwiese auf der Fläche in Heisede angelegt. Selbst die 150 Euro für die Samen hat er vom Landkreis nicht erstattet bekommen. „Um in dieser Sache keine weiteren Kosten zu verursachen, ziehe ich den Antrag zurück und verzichte dazu auf jegliche Förderung durch den Landkreis“, schrieb Prior entnervt an die Kreisverwaltung. Das Geld für die Samen hat ihm inzwischen die Stadt Sarstedt erstattet.